

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreigestalt. Beilage 1 M. Aufnahme nur bei vor-
herg. Gebühreneinbarung auf Postfach 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

Hitler - Papen - Hugenberg.

Am 30. Januar hat sich in Deutschland eine politische Wendung vollzogen, die eine der schwersten Bedrohungen der aufstrebenden Arbeiterklasse darstellt. Am 30. Januar ist das Kabinett Schleicher ein Kabinett der Harburger Front hat die verwaisten Regierungssessel eingenommen.

Reichskanzler wurde Adolf Hitler, sein Stellvertreter und zugleich Reichskommissar für Preußen Herr v. Papen. Das Ministerium des Innern hat Pp. Dr. Frick, Minister a. D. des Freistaates Thüringen, übernommen. Das Ministerium für Wirtschaft und Ernährung wurde in die Hände Hugengebigs gelegt. Selbige, Selterwasserfabrikant und erster Vorsitzender des Stahlwerks, wurde zum Reichsarbeitsminister ernannt, Pp. Göring zum Reichskommissar für den Luftverkehr und zum kommissarischen Vertreter der Reichsregierung im Innenministerium Preußens. Herr Schacht und Pp. Goebbels sind anscheinend bisher leer ausgegangen, doch wußten bereits Zeitungsschreiber zu melden, daß Goebbels als der Leiter des deutschen Rundfunks in Aussicht genommen ist.

Durch diese Umstellung der Reichsregierung ist eine völlig neue Situation entstanden. Die Nationalsozialisten haben jetzt tatsächlich die volle Macht in den Händen und das ganze deutsche Volk wartet gespannt auf die Taten der Befreiung, die nun folgen werden.

Ein Jahrzehnt hindurch haben die Trompeter des Nationalsozialismus dem deutschen Volke verkündet, sie brauchen nur ans Ruder zu kommen und ihre kraftvolle Außenpolitik werde Deutschland von aller Not aus dem Verfall der Vertrag befreien, ihre Volkswirtschaftspolitik werde alle Steuerzahler entlasten, jedem Deutschen eine auskömmliche Altersrente sichern und der quälenden Arbeitslosigkeit ein Ende bereiten. Hitler predigte den Sozialismus auf dem Boden des Privateigentums. Er wollte der „Partei buch wirtschaft“ und der „Futter-Preissenpolitik“ ein Ende machen und schließlich die Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens.

Immer und immer wieder haben die Sendboten des Nationalsozialismus angekündigt, daß sie das fertige Programm in der Tischlade parat liegen hätten, und daß man ihnen nur die Macht zu übergeben brauche, damit alle Not ein Ende habe. Nun hat Hitler die ganze Macht und die Rettung kann beginnen.

Was geschieht?

Werden die Truste sozialisiert (Artikel 13 des nationalsozialistischen Programms)?

Wird die Verordnung über die Gewinnbeteiligung an Großbetrieben schon fertig (Artikel 14)?

Wird die Altersversorgung großzügig ausgebaut (Artikel 15)?

Wird der Versailler Schandvertrag zerrissen?

Wird der deutsche Arbeiter der Stier und Faust vor der Ausbeutung durch das Finanzkapital geschützt?

Wird die Arbeitslosigkeit beseitigt?

Von alledem ist seitens des Hitler-Kabinetts bis jetzt nicht das geringste auch nur angedeutet worden. Der Tatendrang der neuen Reichsregierung drängt

nach einer ganz anderen Seite hin. Schon am Tage nach der Machtergreifung wurde das Reichsarbeitsministerium zerlegt. Das Arbeitsministerium ist nach der Revolution unter dem Druck der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften geschaffen worden als oberste Instanz des Reichs zur Betreuung der Sozialversicherungen, zum Ausbau der Sozialpolitik, zur fortschrittlichen Ausgestaltung des Arbeitsrechts und zur Verbesserung des Arbeitsschutzes. Ueber ein Jahrzehnt hat das Reichsarbeitsministerium in diesem Sinne gearbeitet.

Jetzt hat man alle das Tarif- und Schlichtungswesen betreffenden Fragen der Kompetenz des Reichsarbeitsministeriums entzogen und dem Reichswirtschaftsministerium übertragen, d. h. auf Herrn Hugenberg, Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei und Vertrauensmann der Schwereisenindustrie.

Die erste Regierungstat des neuen Reichsarbeitsministers Selbige bestand darin, den Staatssekretär Grieser, einen der ersten Fachleute der deutschen Sozialpolitik, aus dem Ministerium hinauszujagen. Grieser ist alles weniger als Sozialdemokrat. Aber er hatte sich noch vor einigen Tagen mit folgenden Worten zur Sozialpolitik bekannt:

„Ihrem Wesen nach ist die Sozialpolitik Neugestaltung des gesellschaftlichen Lebens. Sie ist die Grundlage von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft und Quelle für die Erneuerung der gesellschaftlichen Kräfte.“

So etwas darf unter dem Regime von Hitler nicht mehr ausgesprochen werden. Wer auch nur im leisesten für die Arbeiterchaft eintritt, mit dem wollen die neuen Herren nichts mehr zu tun haben.

Am 1. Februar hat Adolf Hitler im Rundfunk zum erstenmal als Reichskanzler zum deutschen Volke gesprochen. Er hat gesprochen von den Novemberparteien, die in 14jähriger Regierungszeit den deutschen Bauernstand ruiniert und die Arme der Arbeitslosen geschaffen haben. Schon am nächsten Tage mußte Hitler eine sehr scharfe Korrektur dieser Behauptungen einstecken. Anlässlich Hitlers Vorstellung vor dem Reichsrat führte Ministerialdirektor Brecht, als Vertreter der rechtmäßigen preußischen Regierung, in seiner Entgegnung auf Hitlers Einführungssprache u. a. aus:

„Die Reichsregierung findet auf vielen Gebieten überaus schwere Aufgaben vor, insbesondere die Beseitigung der großen Arbeitslosigkeit, die ja nicht nur in Deutschland, sondern zum Beispiel in den Vereinigten Staaten und England, also Ländern ganz anderer politischer Lage, herrscht.“

Hitler hat weiter gesprochen von der vierzehnjährigen Wirtschaft des Marxismus. Wie steht es damit in Wahrheit. Mein regiert hat die Sozialdemokratie nur vierzehn Wochen bis zum 13. Februar 1919. Von den gesamten 14 Jahren und drei Monaten seit dem Zusammenbruch des kaiserlichen Regimes war die Sozialdemokratie nur 5 1/2 Jahre an der deutschen Regierung beteiligt. Annähernd neun Jahre lang ist also ohne, zum Teil sogar im schärfsten Kampfe gegen die Sozialdemokratie regiert worden. In diese 14 Jahre fallen auch die drei Jahre von 1925 bis 1928, in denen die von Hugenberg geführten Deutschnationalen bestimmend in der Reichs-

regierung saßen, in diese Zeit gehören auch die sechs Monate, in denen der jetzige Vizekanzler der Hitler-Regierung, v. Papen, als Reichskanzler sein „autoritäres“ Kabinett leitete.

Worin besteht denn das sogenannte Novemberverbrechen? Als nach dem Zusammenbruch Deutschlands die bis dahin unbeschränkten Herren, getarnt mit blauen Brillen und falschen Väsen, die Trümmerstätten ihres Wirkens verließen, da waren es mutige Männer aus dem Volke, die sich der langsam verblutenden Nation annahmten und in mühseliger und verantwortungsreicher Arbeit den Wiederaufbau organisierten. Erst als die schlimmste Arbeit getan war, kamen die Großen der Vorkriegszeit wieder aus ihren Schlupfwinkeln heraus, und es begann die verlogene Hege gegen die Schöpfer der Weimarer Verfassung. Eines sollte Adolf Hitler bedenken. Im alten Deutschland war der Arbeiter ziemlich rechtslos. Erst die Weimarer Verfassung hat ihm die Gleichberechtigung gegeben und damit Hitler die Möglichkeit, in Deutschland Reichskanzler zu werden.

Eine der ersten Regierungstaten des neuen Reichskabinetts ist die

Auflösung des Reichstags

und die Ausschreibung von

Neuwahlen am 5. März 1933.

Wenn Wahlen Deutschland retten könnten, dann müßten wir das glückliche Volk der Erde sein. Leider wissen wir aus den Erfahrungen der letzten Monate, daß jede Wahl eine neue Erschütterung des infolge der kapitalistischen Wirtschaftskrise schwer trankten deutschen Wirtschaftskörpers im Gefolge hat. Das deutsche Volk hat im November 1932argetan, daß es kein Vertrauen zu den Papen, Hugenberg und Selbige hat.

Hofft man jetzt, für die Parteien, die hinter dem neuen Reichskabinett stehen, einen großen Begeisterungssturm zu entfesseln und damit dem Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg eine willige Mehrheit im Reichstag zu verschaffen?

Die politische Lage ist bitter ernst. Das kann uns nicht davon abhalten, getreu unseren Zielen und Bestrebungen, die allerprobe Kampfkraft zu entfalten. Es gilt auch bei dieser Reichstagswahl, den letzten Wähler aufzuklären und an die Wahlurne zu bringen. Jede Stimme bei der kommenden Reichstagswahl muß ein Protest sein gegen das Dreigestalt Hitler, Papen, Hugenberg.

Vier Jahre Zeit hat sich Hitler ausgebeten zur Ausarbeitung und Durchführung seines Programms. Die Kostproben der neuen Selbige des „Dritten Reichs“, die wir in den ersten Tagen der Regierungstätigkeit des Hitler-Kabinetts zu schmecken bekamen, haben uns gezeigt, welch trauriges Schicksal der aufstrebenden deutschen Arbeiterchaft zugebracht ist, wenn sie es nicht versteht, nachsichtig und tapfer alle Angriffe auf die erzwungene Freiheit abzuwehren.

Kolleginnen! Kollegen!

Die Stunde ist ernst. Es geht um die Freiheit, um die Menschenrechte, um das Leben.

Rüstet euch zum Kampf!

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Die politische Lage hat sich in entscheidender Weise geändert. Das Schwerkraft der neuen Reichsregierung liegt bei Parteien und Gruppen, die bisher offen für die soziale Entziehung der Arbeiter und Angestellten und für die Zerstückelung der Demokratie und für die Ausschaltung des Parlaments eingetreten sind. Die Gefahr liegt nahe, daß sie jetzt ihre Pläne zu verwirklichen trachten.

Gewerkschaftsmitgliedern die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmererschaft stehen auf dem Spiel. Am Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist fähles Blut und Befonnenheit erstes Gebot. Laßt euch nicht zu vorzeitigen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten!

Berlin, den 30. Januar 1933.

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Allgemeiner freier Angestelltenbund
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände**

13. Bundesausschuß-Sitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 31. Januar 1933.

In seinem Bericht vor dem Bundesausschuß gab Seipart einen Überblick über die Entwicklung der politischen Lage. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben sich am Sonnabend und Montag wiederholt bemüht, beim Reichspräsidenten vorstellig zu werden, um im Sinne ihrer in diesen Tagen veröffentlichten Erklärungen auf ihn einzuwirken. Leider vergeblich, da der Reichspräsident nicht in der Lage war, die Vertreter der Gewerkschaften zu empfangen.

Seipart erinnerte an den Briefwechsel des Reichspräsidenten mit Hitler vor wenigen Monaten. Im November lehnte Hindenburg es ab, Hitler ein Präsidialkabinett anzuvertrauen. Er stellte ihm vielmehr damals strengere Bedingungen als jemals einem früheren Kanzlerkandidaten. Er verlangte von ihm, daß er seine parlamentarische Mehrheit nachweise, wenn er auf die Kanzlerschaft Anspruch erhebe. Jetzt war hieron keine Rede mehr. Hitler hat damals erklärt, er halte es für notwendig, daß der deutsche Kanzler in dieser Zeit die Aufgabe habe, für eine zeitlich fixierte und materiell begrenzte Aufgabe sich eine Ermächtigung vom Parlament zu verschaffen. Bekanntlich ist schon gestern von dem Gedanken an ein solches Ermächtigungsgesetz geredet worden.

Was von dieser Regierung sozialpolitisch zu erwarten ist, zeigt das Verhalten des Reichsarbeitsministers, zeigen die sachlichen Umgruppierungen im Reichsarbeitsministerium und im neugebildeten Krifenministerium. Auch die Haltung gegenüber einer Personlichkeit wie dem Staatssekretär Grieser läßt die innere Einstellung des neuen Arbeitsministers klar erkennen.

Die Einordnung der Tarifabteilung in das Krifenministerium Augenbergs läßt keinen Zweifel, wohin der Kurs geht. Keine staatliche Lohnpolitik, vielleicht auch keine Schlichtung mehr, selbst nicht in dem jetzt schon entarteten Sinne! Auf anderen Gebieten des Tarifrechts wird die gewerkschaftsfeindliche Haltung des neuen Mannes bald genug hervortreten.

Die Arbeiterschaft wird mehr als je auf ihre eigene Kraft angewiesen sein. Es bedarf keiner Hervorhebung, daß die Gewerkschaften zu dieser Regierung in Opposition stehen. Das kann und wird sie nicht hindern, die Interessen der Arbeiterschaft auch gegenüber dieser Regierung zu vertreten. Die Gewerkschaften werden die Ansprüche der Arbeiter auf Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft mit genau der gleichen Entschiedenheit weiterverfechten wie bisher. Organisation — nicht Demonstration: das ist die Parole der Stunde. Die Gewerkschaften haben Jahrzehnte hindurch in diesem Geiste gehandelt. Sie werden dieser Lösung, durch verstärkte Werbetätigkeit auch in der kommenden Zeit treu bleiben.

Grafmann ergänzte den Bericht Seiparts durch Ausführungen über die verschiedenen Möglichkeiten der politischen Entwicklung. Alles kommt auf die Geschlossenheit der Organisationen, auf die Erhaltung und den Ausbau einer einheitlichen Front der Arbeiterschaft in ihren Gewerkschaften an. Dieser Gedanke ist auch bestimmend für die Haltung der Gewerkschaften gegenüber jeder Partei, die sich etwas das Recht zur Führung gewerkschaftlicher Aktionen anmachen sollte.

Die Aussprache ergab in eindrucksvoller Weise die einmütige Uebereinstimmung aller Verbandsvertreter mit der Haltung, die der Bundesvorstand in diesen entscheidungsschweren Tagen eingenommen hat. Er verteidigte sich von selbst, daß die Zusammenlegung dieser Regierung zu stärksten Bedenken Anlaß gibt. Die Gewerkschaften werden im einzelnen Falle ihre Haltung zu dieser Regierung von ihren Interessen abhängig machen. Sie stehen bereit, wenn nötig jeden Tag, neue Entscheidungen zu treffen. Die Haltung der gewerkschaftlichen Führung kann und darf sich aber nicht von gefühlsmäßigen Gesichtspunkten bestimmen lassen. Daß die deutsche Arbeiterschaft, soweit sie den Geist der deutschen Arbeiterbewegung in sich aufgenommen hat und gewerkschaft-

lich geehrt ist, sich gegen diese sozialreaktionäre Regierung am liebsten in unmittelbarer Aktion zur Wehr setzen würde, ist menschlich begreiflich, aber jählich falsch. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Gewerkschaften die Interessen der deutschen Arbeiterschaft schädigen würden, wenn sie diesen Impulsen nachgeben würden. Die Ruhe und die Zuversicht, die für die Verhandlungen des Bundesausschusses kennzeichnend war, kommt nicht von ungefähr, sie stammt aus der genauen Kenntnis der reichen Widerstandsträfte der deutschen Arbeiterschaft, die in ihrer jahrzehntelangen Geschichte schon manchen Gegner kommen und gehen sah, von dem die Sage ging, daß er die Arbeiterbewegung endgültig vernichten werde. Dieses Bewußtsein der Kraft, das seiner großen Seite bedarf und der Disziplin der Arbeiterschaft sicher ist, ist die feste Grundlage der ruhigen Haltung der gewerkschaftlichen Führung in den letzten Tagen.

Seipart faßte die Aussprache zusammen. Die gegenwärtige Regierung mag — in rücksichtsloser Ausnutzung von Machtverhältnissen, die gegenwärtig günstig für sie zu liegen scheinen — eine tariflose Zeit, vielleicht gar einen weiteren Abbau der Löhne durchsetzen, sie mag aus der Rumpfkammer veralteter Vorstellungen reaktionäre Pläne herausheben und Einrichtungen schaffen, die den bestehenden Rechten und dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft widersprechen — die deutsche Arbeiterschaft weiß nicht nur aus der Erfahrung der letzten Jahre, sondern aus ihrer ganzen Geschichte, daß auf eine lange Periode sozialen Aufstieges auch einmal ein Rückschlag, ja vorübergehende Erfolge bewachten Rückschritt folgen können. Diese Erfahrung wird den Glauben an die Macht und die Zukunft der gewerkschaftlichen Organisation in ihren Angehörigen nicht erlöten, dieser Glaube wird auch diejenigen wieder ergreifen und zu ihren Taten führen, die heute die wirtschaftliche Not unserer Organisationen entfremdet hat. Keine deutsche Regierung wird die deutsche Arbeiterschaft und ihre Organisationen übermächtigen können, weil sie ihren Geist nicht unterdrücken kann. Es wird auch dieser Regierung nicht gelingen.

Wir bilden Kameradschaften.

Seit Jahr und Tag ist von der Not der Jugend in wirtschaftlicher und geistiger Beziehung gesprochen und geschrieben worden. Von höchster Stelle wurde Hilfe versprochen, ohne wirkliche Hilfe bis zum heutigen Tage geleistet zu haben; es lohnt sich wirklich nicht, die bisherigen Maßnahmen zu erwähnen. Mittel waren bis jetzt immer da für alle möglichen Zwecke, zugute gekommen sind sie nur denen, welche bis jetzt bewiesen haben, daß man auf Kosten der Allgemeinheit ein höchst angenehmes Leben führen kann. Nur zur Vinderung der Not — von einer Beseitigung der Not gar nicht zu sprechen, dazu ist die heutige Gesellschaftsordnung gar nicht in der Lage — war kein Geld da. Die Auswirkung einer derartigen Einstellung ist heute von volkswirtschaftlicher, kultureller und moralischer Beziehung noch gar nicht zu erkennen. In politischer Beziehung sieht man das schon klarer: Eine Radikalisierung der Jugend, ohne bestimmte klare Zielrichtung, heute links, morgen rechts, und wieder umgekehrt, ist das Ergebnis der Untätigkeit der verantwortlichen Stellen, die der Jugend jahrelang keine Arbeit und keinen Verdienst gegeben haben. Begreift man nun endlich, daß etwas geschehen muß? Nein, man bequem sich doch, für die Jugend etwas zu tun; wäre es keines Erntenn mit Wallen, dann läge das Notwort für die deutsche Jugend anders aus, als was man jetzt ins Leben ruft, um die entsetzliche Not zu lindern.

Der ADGB hat so oft die Regierung aufgefordert, Hilfe zu gewähren, hat zu dieser Frage klare Richtlinien herausgegeben, was ein Notwort aussehe muß, um zu verhindern, daß mit der Not der Jugend politische oder wirtschaftliche Geschäfte gemacht werden. Der Grundlag, daß die Heranziehung der Jugendlichen ohne jeden Zwang zu erfolgen hat, und daß der Stand der allgemeinen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht zu gefährden ist, welcher in den Rücksichten des freiwilligen Arbeitsdienstes ver-

Kollege Emil Morgenstern 30 Jahre Kassierer der Verwaltungsstelle Frelberg i. Sa.

Emil Morgenstern, unser langjähriger, treuer Kassierer, der Besten einer, ist infolge schwerer Krankheit leider gezwungen, sein Amt niederzulegen.



Als Mitgründer unserer Verwaltungsstelle Frelberg i. Sa., seit dem Jahre 1901, ist Emil Morgenstern Mitglied des Verbandes und zugleich mit einer kurzen Unterbrechung als Kassierer der Verwaltungsstelle tätig. Diese Treue zeugt mehr als viele Worte dafür, welches besondere Vertrauen ihm seine Kollegen jederzeit entgegen gebracht haben. In ruhiger, unermüdlicher Kleinarbeit hat er am Aufbau unserer Organisation mitgearbeitet und damit seinen Kollegen auf den verschiedensten Gebieten große Dienste geleistet. Er war immer ein guter, sachlicher Berater, immer das Beste im Auge behaltend, kämpfte er mutig. Seit Juli 1932 hat ihn nun eine heimtückische Krankheit befallen, die ihn lange Zeit aus Bett fesselte und er sich unserer Sache nicht mehr widmen kann. Schwer ist es ihm geworden, sich zurückzuziehen von dem, was ihm lieb geworden war. Wir wünschen unserem Freund und Kollegen Emil Morgenstern eine baldige, völlige Genesung und verbinden mit dem Dank für seine wertvollen Dienste den Wunsch, daß er uns im Interesse unserer Verwaltungsstelle und des Gesamtverbandes noch lange erhalten bleiben möge.

Der Hauptvorstand, Verwaltungsstelle Frelberg i. Sa.

anfert war, ist zweifellos der Initiative des ADGB zu danken. Für uns als Gewerkschafter hat der ADGB klar gezeigt, daß wir auf der Hut sein müssen, damit die Kameradschaften, die jetzt gebildet werden sollen, nicht die Wegbereiter der Arbeitsdienstpflicht werden. Diese Gedanken schlummern in manchem „Jugendfreund“, und um das zu verhindern, muß für uns erst recht Veranlassung sein, positiv uns zu den Kameradschaften einzustellen. Der Grundlag der Freiwilligkeit gilt auch bei den Kameradschaften. Berufliche, geistige und sportliche Pflege neben einem warmen Mittagessen sollen auf die Dauer von 13 Wochen gewährt werden. Für jede Kameradschaft in der Größe von 25 Mann im Alter von 18 bis 25 Jahren wird ein bestimmter Betrag aus Reichsmitteln gewährt, welcher den Trägern der Kameradschaft zusteht.

Wenden wir uns der beruflichen Ausbildung zu, so sollen bestehende Einrichtungen benutzt werden. Im Tapeziererhandwerk und ebenso in Sattlerhandwerk bestehen nach dieser Seite Einrichtungen in den Fachschulen, welche den Kameradschaften dienstbar gemacht werden müssen. Wir in Leipzig haben nach dieser Seite hin schon die ersten losen Besprechungen mit dem Träger der Fachschulen (Tapeziererinnung) gehabt, um zu erreichen, daß die Fachschüler einschließlich des Lehrpersonals sich in den Dienst der Sache stellen. Wir sind sehr gut darüber informiert, daß in vielen Fällen die berufliche Ausbildung durch den Lehrern gar nicht mehr gewährleistet ist, daß dagegen unsere auf hoher Stufe stehenden Fachklassen durchaus in der Lage sind, die beruflichen Kenntnisse unserer Jungtalente zu erweitern. Die geistige Betreuung muß von uns ebenfalls mit aller Intensität verfolgt werden und dürfen sich da auch geeignete Kräfte finden. Für die sportliche und körperliche Erhaltung stehen uns ja die Einrichtungen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes zur Verfügung, welcher sich ja auch an dem Notwert beteiligt. Nun als letztes im Rahmen dieser Hilfe: die Verabreichung eines warmen Mittagessens täglich, wobei wir großen Wert darauf legen, daß das Essen reichlich und kräftig ist und nicht aus einem liter warmen Wassers besteht. Zweckmäßig dürfte es sein, bei dem Aufruf zur Bildung von Kameradschaften ein Plakat auf den Arbeitsnachweisen auszuhängen, worin die örtliche Leitung ihre Mitglieder zur Bildung einer Kameradschaft aufruft. Die Genehmigung zum Aufhang eines solchen Plakates müssen die Arbeitsamtsleiter erteilen.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß unsere Besprechungen dahin gehen müssen, ja unzulänglich die Hilfe auch ist, uns aktiv an den Kameradschaften zu beteiligen, um zu verhindern, daß aus den Kameradschaften Korporalitäten gemacht werden. Ich kann mir gut vorstellen, daß das Wort Kameradschaft bei gewissen Leuten Erinnerungen hervorrufen, daß sich bei ihnen die treudeutsche Feldherrenbrust zu heben beginnt, daß sie sich schon als Korporale oder Generäle sehen. Diesen Herrschaften gebührt in die Suppe zu lachen, ist der tiefere Sinn, warum wir uns an der Bildung der Kameradschaften beteiligen. Deshalb, junge Kollegen, meldet euch nur bei eurem Verband, wenn ihr einer Kameradschaft beitreten wollt. Holt euch Auskunft bei euren Verbandsfunktionären.

Erk Doh.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Bremen. Generalversammlung am 19. Januar. Kollege Haupt gab den Jahresbericht. Daraus ist etwa folgendes herauszuheben: Die Weltkrise tobte in unermüdlicher Heftigkeit weiter. Entgegen der Annahme, daß das Jahr 1932 ein Jahr des Aufstiegs werde, ist die Erwerbslosensarmee unaufhörlich stärker geworden. Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten gesellte sich noch eine ganze Reihe politischer Mißerfolge für die Arbeiterschaft. Man denke an den Sturz der letzten demokratischen Regierung (Brüning) und insbesondere der gewalttätigen Enthebung der Brüning-Regierung. Inwiefern die Mißerfolge Hitlers bei seinen verschiedenartigen Versuchen, zum Diktator Deutschlands zu avancieren, nicht zuletzt als Folge für die "Eiserne Front" gebucht werden. Mit Hilfe der faszinanten angewandten Nazi-Propaganda hat sich der Herrrenreichtum unter Hitlers Führung in den Säulen geschnitten, jene Unbegreiflichen, die, wenn es sich um Arbeiterangelegenheiten handelt, von einem sogenannten "Arbeitsschutzrat" sprechen, der gewalttätig abgebaut werden mußte. Handelt es sich jedoch um ihre Interessen, dann sind sie weniger kleinlich (siehe Ostbilie). Die Novemberwahlen machten mit dem Papen-Sput ein Ende und an seine Stelle kam der General mit dem "sozialen Orientieren". Auch er mußte mit seinen Versuchen, dem Kapitalismus wieder Geltendmachung zu verschaffen, an den matten Lasten scheitern. Auch wir innerhalb unserer Bremer Filiale sind von diesen Wirnissen nicht verschont geblieben. Der auf Grund der Papen-Notverordnung möglich gewordene weitere Lohnabbau ist zum Teil abgewehrt worden. Durch geschicktes Mandatieren unseres Gauleiters Dreppelus und unserer Lohnkommission vor dem Schlichtungsausschuß haben wir einen den Verhältnissen entsprechenden günstigen Schlichtungsbescheid (87 Pf. in der Spitze), entgegen den Forderungen unserer Arbeitgeber, die unter keinen Umständen über 80 Pf. hinausgehen wollten. Zweifelslos ein Erfolg, wenn man bedenkt, daß der Beschäftigungsgrad im Jahresdurchschnitt etwa 35 Prozent betrug. Zur Mitgliederbewegung können wir sagen, daß wir zwar die Zahl von 280 Kollegen gehalten haben, jedoch in der Jugend noch ein reiches Agitationsfeld vorhanden. Gerade der Nachwuchs, der von der Krise besonders hart getroffen wird und nach Beendigung der Lehrzeit sehr leicht den Anschluss an den Beruf verliert, muß mit Zweck und Ziel der Organisation vertraut gemacht werden. Der Besondereinsatzbescheid bemogt sich mit 66 Kollegen oder 24 Proz. (im Jahresdurchschnitt) aufzustellen. Im Vorjahr, nach jedoch im Hinblick auf die Bemühungen des Vorstandes, die Veranstaltungen durch Vorträge aller Art so interessant wie möglich zu gestalten, noch besser werden.

Zus dem Kassenbericht, den der Kollege Zimmermann gab, ging ebenfalls in einleitender Weise hervor, wie die Krise in den Gewerkschaftskassen mündet. Während die Einnahmen weiter zurückgingen und etwa nur noch ein Drittel gegenüber normalen Zeiten ausmachten, verausgabten wir allein für Arbeitslosenunterstützung über 3000 RM., so daß wir mitunter nicht nur nichts an die Hauptkasse, sondern hinaus, sondern sogar Zuschüsse fordern mußten. Wir haben also von der Substanz gelebt, ein Zustand, den auf die Dauer auch die bestbesetzte Kasse nicht aushält. Für den Verbandsbeitrag in Stuttgart wurden deshalb die bekannten Notmaßnahmen, wie Kürzung der Unterstützung, der Gehälter usw., getroffen, um die Finanzen wenigstens zum Teil vor Raubbau zu schützen.

Weiter gab der Kaffler die Namen von sieben Jubilaren bekannt. Es sind die Kollegen Haupt, Niebur, Roppe, Roschgrabe, Osterburg, Reiners und Weiß, die in einer bei uns üblichen Weise zum Andenken an ihre 25jährige Verbandszugehörigkeit mit einer Briefkarte beschenkt wurden.

Im Hinblick an die Berichte entspann sich eine Debatte, an der sich der Kollege Grobe, unser Bremer SWP-Mandatör, ausgiebig beteiligte, ohne jedoch an der Dreierkommission direkt Kritik zu üben. Er bestrich sich auf politische Ausführungen und die ADGB-Führung im allgemeinen.

Ueberraschend schnelle Erledigung fand der Punkt Vorstandswahl, da die Versammlung den Antrag des Kollegen Gemming, den Vorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung mit A. Haupt (1. Vorsitzender), R. Klina (2. Vorsitzender), A. Zimmermann (Kassierer) und W. Schemisch (Schriftführer) per Affirmation wiederzuwählen, gegen 2 Stimmen annahm.

Im weiteren Verlauf der Tagesordnung stellt der Kollege Grobe einen Antrag, demzufolge in unserer nächsten Versammlung der Kollege Bederte von der SWP sprechen soll. Entgegen dem Wunsch des Vorstandes, um den Antrag zu überlassen zwecks Nachforschung über den Referenten, fand er mit 35 gegen 31 Stimmen Annahme, bei harter Stimmabstimmung. (Es waren 90 Kollegen anwesend.)

Am Schluß fordert Kollege Haupt die Kolleginnen und Kollegen auf, in der demnächst vom hiesigen ADGB-Ortsausschuß geplanten Werbeweche kraftvoll an der Agitation mitzuwirken.

Chemnitz. Generalversammlung am 21. Januar 1933. Nach dem Kassenbericht für das vierte Quartal und der einstimmigen Entlastung des Kafflers erstattete Kollege Schulze den Jahresbericht: Wenn man vom Jahre 1931 festhalten mußte, daß es ein schwarzes Jahr war, welches uns Not, Entwürdigung und schwerste Sorgen gebracht hatte, so muß vom Berichtsjahr 1932 gesagt werden, daß alle pessimistischen Erwartungen überflüssig wurden. Als Krisenjahr von katastrophalem Ausmaß brachte es eine weitere Einschränkung der geringen Erwerbsmöglichkeiten für unsere Kollegen und damit eine Verschärfung der prekären sozialen Not. Der Automatismus kapitalistischer Krisenüberwindung versagt und will trotz gewalttätiger Hilfe und staatlichen Eingreifens nicht mehr funktionieren.

Die Haltung und Tätigkeit der Gewerkschaft ließ sich deshalb in erster Linie von dem Bestreben leiten, in der gegenwärtigen Zeit einen Weg zu finden und zu zeigen, der aus dem Elend und der Planlosigkeit des kapitalistischen Systems hinausführt zu einer Neuordnung der Wirtschaft im sozialistischen Sinn. Dieser Aufklärungsarbeit dienen zehn Hauptveranstaltungen unserer Filiale mit einem Durchschnittsbuch von 33 Kollegen. Mit den Brandenburger Versammlungen, Vorstandssitzungen und sonstigen Kommissionberatungen waren es über vierzig Veranstaltungen, an denen wir beteiligt waren, um für die Rechte und das Wohl der Arbeitnehmer einzutreten und insbesondere die Interessen unserer Berufsgenossen wahrzunehmen. Von den Mitgliedern der dem hiesigen ADGB angehörenden Verbände sind 50 Proz. erwerbslos, unser Verband steht mit 65,5 Proz. über dem Mittel. Zur Zeit sind über 80 Proz. unserer Gemeinnützigen Berufsgenossen ohne Arbeit. Trotz dieser wirtschaftlichen Notlage und den erfolgten Lohnabbaumaßnahmen, über die wir niemanden hinwegtäuschen wollen, hat sich die Mitgliederzahl zusammengehalten. Das zeugt von der Erkenntnis der Notwendigkeit gewerkschaftlichen Zusammenstehens. Maßstabweise mußten die Gewerkschaften infolge der rapid gestiegenen Beitragseinstellungen und der enorm gestiegenen Ausgaben an Unterhaltungsgebern bis auf weiteres notwendige finanzielle Sparmaßnahmen ergreifen, um den Bestand der Organisation überhaupt zu sichern und nicht zu gefährden. Die Arbeitervertreter des ADGB haben auch in diesem Jahr wieder als Rechtbeistände und treue Ratgeber unseren Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung gestanden. Kollege Schulze fand noch manche treffende Beispiele und Worte, um von der vielfältigen und unermüdlichen Tätigkeit der Gewerkschaften und ihrer Früher Bericht zu geben. Er erinnerte

Kolleginnen! Kollegen!

Der Reichstag ist aufgelöst. Die Neuwahlen sind ausgeschrieben auf Sonntag, den 5. März 1933. Die Stimmlisten sind einzusehen vom 19. Februar bis zum 26. Februar.

Sieid dieses Mal doppelt auf der Hut. Laßt Euch nicht um Euer Wahlrecht bringen.

Die Regierungsparteien werden bei diesem Wahlkampf mit allen Mitteln arbeiten. Laßt Euch nicht provozieren, aber auch nicht einschüchtern. Die Reaktion wird auch in diesem Wahlkampf mit den weitgehendsten Versprechungen arbeiten, um auf diesem Wege möglichst viel Wählerstimmen einzulassen.

Laßt Euch nicht betören! Hebt aber die Flugblätter auf, um später an den Taten des Kabinetts Hitler zu kontrollieren, wie weit dieselben mit den gemachten Versprechungen im Einklang stehen.

Erwidert nicht in der Agitation für die freien Gewerkschaften und für den völkerverfeindenden Sozialismus.

noch einmal an die im Berichtsjahr verstorbenen Kollegen und dankte auch der in diesem Jahr so stattlichen Zahl von Jubilaren für ihre 25jährige treue Mitgliedschaft. Abschließend forderte Kollege Schulze die Mitglieder auf, weiterhin treu zur Organisation zu stehen und die Agitations- und Werbetätigkeit des Verbandes zu stärken. Der feste Zusammenhalt und die Solidarität aller Schaffenden ist die notwendige Vorbedingung zur Überwindung dieser Zeit der Krise und des Niederganges. Aus dem folgenden Jahresstellenbericht war ersichtlich, daß sowohl bei der Bilanz als auch bei der Hauptkasse die Einnahmen geringer sind als die Ausgaben. Der Mitgliederbestand hat sich hauptsächlich durch Abreise um 13 Proz. verringert. Der Jugendleiter, Kollege Uhlig, berichtete von einer regen Tätigkeit der Jugendgruppe. Sie hat ihren Mitgliederbestand von 45 auf 59 Kollegen erhöhen können. Es war ersichtlich, daß erfreulicherweise ein attiver und interessierter Geist die Jugend belebt. Kollege Ringel wies in seinem Bilanzbericht auf die reichhaltige Ausstattung unserer Bücher hin, die zur Zeit 307 Bände umfaßt. Die Diskussion eröffnete Kollege Franz. Dessen ultimative, alle Grenzen des Anstandes und des Erlaubten überschreitende, mit den Mitteln der Verleumdung reichlich gewürzte „Kritik der Opposition“ auch nur andeutungsweise wiederzugeben, weigert sich der Berichterstatter. Berraten sei lediglich, daß Kollege Franz, vom bösen Gewissen getrieben, sich tags darauf hilfelessly an die Defensivfront wandte. Die Kollegen Rebel, Wieland und Widmayer übernahmen die unangenehme Aufgabe, das unfoliale Verhalten des Kollegen Franz in geschickter Weise an den Pranger zu stellen. Im Schlußwort rekapitulierte noch einmal Kollege Schulze, daß die Tätigkeit der Verwaltung geleitet wird vom unabänderlichen Bestreben, in allen Anlässen unseren Kollegen beizustehen und alles daran zu setzen, die kapitalistische Ausbeutungsmacht zu überwinden mit dem Ziele der Errichtung einer krisenfesten planmäßigen Gemeinwirtschaft. Die Remuneration ergaben folgendes Bild: 1. Vorsitzender: Schulze; 2. Vorsitzender: Diehmeg; Kassierer: Süßermann; Schriftführer: Schreiber und Böhmer; Revisoren: Rebel, Christbauer und Goldsche; Bibliothekare: Ringel und Schmeißer; Jugendleiter: Uhlig. Weiterhin fand ein Antrag des Bibliothekars Annahme, für das Ueberstreiten einer monatlichen Beitrags 5 Pf. Gebühr zu erheben. Kollege Schulze schloß die Versammlung mit der Aufforderung, gemeinsam in den Kolonnen der „Eisernen Front“ zu marschieren.

Böhmer, Schreiber. Dessen. Generalversammlung vom 13. Januar 1933. Einstimmig zu dem Jahresbericht hob der 1. Vorsitzende, Kollege Effert, hervor, daß sich unsere Blinnsche

auf Besserung des Arbeitsmarkts am Anfang des Jahres leider nicht erfüllt hatten. Wir stehen immer noch tief in der Krise und hoffen und kämpfen, damit wir endlich aus dieser katastrophalen Lage herauskommen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen am Ort sind durch zwei Verträge geregelt. Tapezierer und der Firma Goldmann. Eine Lohnverhandlung der Tapezierer mit der Annahme endete mit einem geringfügigen Abzug. Goldmann mollte auf Grund der Papen-Notverordnung den Lohn der 31. bis 41. Stunde senken. Das konnte durch energisches Eingreifen der Organisation unterbunden werden. Am Ort glaubten jegliche Nachhaken unserer Versammlungs- und Gemeindefunktionäre kein zu bekommen, doch steht ihnen das feste Bollwerk der organisierten Arbeiter gegenüber. Im Herbst konnten wir durch eine sehr lebhafte Agitation mehrere Neuaufnahmen buchen, so daß sich unsere Mitgliederzahl stabil halten konnte. — Dem Bericht des Kafflers ersieht man zu entnehmen, daß auch die Kassenverhältnisse nicht sehr günstig waren. Trotzdem konnten wir alles auf dem laufenden halten. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 2567,76 RM. und eine Ausgabe von 2403,30 RM. Die Kassa hatte eine Einnahme von 1018,98 RM. und eine Ausgabe von 1051,92 RM. Der Mitgliederbestand ist 112, darunter sind 7 weibliche Mitglieder und 18 Lehrlinge. Die Erwerbslosenliste schwante zwischen 46 und 57 Kollegen. Die Lehrlinge sind alle, bis auf einige Meisterkinder, organisiert. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes, außer dem zweiten Vorsitzenden, der wegen Wegzuges ersetzt werden mußte. Die Berichte der einzelnen Funktionäre fanden die volle Zustimmung der Versammlung. Die Wahlen verliefen reibungslos. Mit der Aufforderung zu größerer Aktivität im neuen Jahr und besserer Besammlungsbesuch schloß Kollege Effert die Versammlung.

F. Weppert.

Freiburg i. Sa. Generalversammlung am 27. Januar. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einer Ehrung der im Vorjahre verstorbenen Kollegen Hiltbrand und Schoarich. Der Kaffler erstattete den Kassenbericht für das 4. Quartal 1932 und das Jahr 1932. Infolge der großen Arbeitslosigkeit in unserer Verwaltungsstelle war es nur mit Hilfe von Zuschüssen aus der Hauptkasse möglich, unseren örtlichen Verpflichtungen gegen die Verbandsmitglieder nachzukommen. Der Mitgliederstand am Jahresabschluss ist 63. Dem Kaffler wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die anschließenden Vorstandswahlen ergaben die einstimmige Wahl von: Siebert, Vorsitzender; Hegewald, 2. Vorsitzender; Ziegler, Kassierer; Dehne, Schriftführer; Wende, Kubiga und Schmeißer, Revisoren; Wende und Kubiga, Delegierte. Am Schluß der Versammlung forderte Kollege Siebert die Anwesenden auf, tatkräftig mitzuwirken im Interesse des Verbandes.

J. Dabene.

Stettin. Generalversammlung am 28. Januar. Eingangs der Versammlung gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Kollegin Ida Pfeiß. Anschließend daran gab er den Jahresbericht für das vergangene Jahr. An Hand wichtiger Unterlagen beleuchtete er die Verhältnisse in unserem Verband im allgemeinen, um dann auf Gängig überzugehen. Die im vorigen Jahresbericht erörterten Hoffnungen sind infolge der großen Arbeitslosigkeit zurückgegangen worden, die Finanzlage hat sich verschlechtert. Abgezinst wurden 10 Mitglieder- und 3 Brandenburger Versammlungen. Die Mitgliederzahl war am Schluß des Geschäftsjahres 252 männliche und 106 weibliche Mitglieder. Den Kassenbericht erstattete Kollege Walter. Ihm wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung erteilt. Die Entschädigung des Vorstandes wurde angesichts der Finanzlage am Ort um die Hälfte verringert. Der bisherige Vorstand einschließlich der Revisoren wurde einstimmig wiedergewählt. Am Schluß der Versammlung richtete Kollege Glomb an alle Kollegen die Ermahnung, auch in der Zeit ungünstiger Wirtschaftslage treu zum Verband zu stehen und den neugewählten Vorstand durch regelmäßigen Besammlungsbesuch zu unterstützen. Besonders legte er dies auch den jungen Kollegen ans Herz, mit ganzer Seele bei der Sache zu sein, denn es wird auch im neuen Jahr noch mancher Kampf zu bestehen sein.

Carl Haenfl.

Hamburg. Allgemeine Mitgliederversammlung am 24. Januar 1933. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des Kollegen Wilhelm Sträh. Den Jahresstellenbericht gab Kollege Burekard. Die Einnahmen und Ausgaben für die Hauptkasse betragen 23.028,88 RM., das Defizit 9.262,95 RM. Die Einnahmen und Ausgaben für die Kassa (Schließen mit 17.302,71 RM.) und das Defizit betrug 988,15 RM. Der Kassenbestand am Jahresabschluss betrug 10.650,90 RM. Hier von sind fest angelegt 3600 RM. Das 4. Quartal 1932 ist, an Worten gemessen, das beste gewesen. 14,4 Marken formen auf das Mitglied. Auch hatten wir einen Mitgliederzuwachs von drei. Der Mitgliederbestand am Jahresabschluss betrug 725, und zwar 639 männliche, 53 weibliche und 33 jugendliche. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahre eine Abnahme von 98 männlichen, 33 weiblichen und 40 Lehrlingen. An Erwerbslose konnten wir Gutscheine im Werte von 2500 RM. ausgeben. Durchschnittlich erhielt jeder Kollege 5,33 RM. in Zuschüssen. Den Geschäftsbericht gab Kollege Dreppelus. Im Berichtsjahr waren 80 Proz. der Kollegen erwerbslos, 75 Proz. fehlten Erwerbslosensmarken, 25 Proz. waren Kollahler. Wenn wir im vergangenen Jahr auch ganz empfindliche Lohnkürzungen einstecken mußten, so ist doch der Wunsch der Arbeitgeber, mit uns in tariflosen Zustand zu kommen, an unserer Standhaftigkeit gescheitert. Als bester Beweis gilt hier die Tapezierbranche. In seinen weiteren Ausführungen behandelte Redner die Lohnbewegungen der einzelnen Branchen. In schwerer Lage befinden sich Erwerbslose, die ohne jede Unterstützung sind. Viele arbeiten oft weit unter Tarif. In der Ueberwindung des Elends um uns gegen die Firma Leder-Schüler Bekleidende beim Gewerbeausschußamt eingesetzt. Schüler erklärte dem Amt, hier am Ort keine (!!) geeigneten Kräfte bestimmen zu können. Dreppelus sprach dann von den stattgefundenen Schlichtungsverfahren und Gerichtsverhandlungen. Die im letzten Jahre eingelegten Karte für jugendliche Kollegen unter der

Streiks und Lohnbewegungen.

Lederwaren.

Mainz. Der Schiedspruch ist beiderseitig angenommen und gilt das Lohnabkommen mit 0,72 M. vom 16. Januar bis zum 30. September 1933.

Tapezierer.

Ullendorf. Für die Zeit vom 27. Januar bis 6. Juli 1933 beträgt der Tarifmindestlohn 0,83 M.
Nürnberg. Durch Schiedspruch wurde ein neuer Lohn tarif geschaffen. Er läuft vom 16. Januar bis zum 30. September 1933. Der Mindestlohn beträgt 0,86 M.

währten Leitung des Kollegen Th. Bach haben sich in jeder Richtung für unsere Organisation jegensrecht ausgewirkt. Zu wünschen wäre nur, daß die Wirtschaft bald wieder in Gang kommt, damit unsere jungen Kollegen endlich Arbeit und Verdienst finden, dann wird der alte Kampfgeist auch wieder eintreten. Unsere Werbearbeit war von Erfolg gekrönt. Ein großer Kreis von Funktionären haben die in den letzten 2 Jahren Ausschloffenen und die Ausschloffenen aufgeholet. Kollegen, die bereits ausgeschloffen waren, wurden wieder gewonnen. 25 sind neu eingetreten, 20 haben nachgezogen. Wie notwendig die Hausaufstellung ist, beweist, daß viele Kollegen erkrankten, wenn sie abfahrrt worden wären, hätten sie weitergeholt. Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte Dregelius, daß die Dauererhaltung im letzten Jahr gut zusammengekommen hat zum Segen der Organisation. Aus die Jugendgruppe der richtige Wendt. Er dankte allen, die an dem Aufbau der Jugendgruppe geholfen haben, diejenigen, die bisher fernstanden, hat er, mit allem Nachdruck mitzubringen, die junge Generation für uns zu gewinnen. Die Krise ist auch an der Jugendgruppe nicht vorbeigegangen. Das findet seine Ursache in den Rückgang der Lehrlingshaltung. Werden wir alle, dann kommen wir unsern gesteckten Ziele näher. Th. Bach gab den Bericht von den Kurien des letzten Jahres. Höchste Anerkennung wurden dem Leiter und den Teilnehmern durch das Arbeitsamt zuteil. Inher praktisches Arbeiten gab es Vorträge und jeden Mittag ein fröhliches warmes Essen. Da wir auch unorganisierte in unserm Kurien aufnehmen mußten, wurde mancher von ihnen für uns gewonnen. Bitten beantragte die Entlastung des Kassierers. In der Aussprache verfuhr Hülken bei den Geschäfts- und Kassenericht als nicht genügend hinzustellen. Die Ortsverwaltung mußte die Finanzgebarung des Verbandes revidieren. Im übrigen seien die SPD. und der ADGB an allem schuld. Vorhin seien tonnte über den „Fonds perdu“ 5000 M. (Hypothek im GWS.) nicht zur Ruhe kommen und bezeichnete den Kassenericht als Schamklopperei. Scherzhaft sprach in längeren Ausführungen von der Einzelkämpfer, in der wir uns finden müßten. Die Wahlen sind nichts, die Idee ist alles. Sie muß in den Vordergrund aller Kämpfe gestellt werden. Bach führte aus: Man will dem Vorstand und den einzelnen Kommissionen eins anhängen. Wir müssen beide Hebel in Bewegung setzen. Schließlich liegt es doch an den Kollegen selbst, ob sie kämpfen wollen oder nicht. Vorstand und Kommissionen sind auf das Ausmaß der Kollegen angewiesen. Löter: Wir haben bei den letzten Streiks gewonnen. Wo blieben die Kollegen? Nach 3 Wochen bröckelte einer nach dem anderen ab. Rißler betonte, daß der Wille, zu kämpfen, noch nicht erloschen ist. Wir haben gekämpft und werden in Zukunft weiterkämpfen. Werner spricht sich für ehrenamtliche Hausaufstellung aus. Hülken soll zeigen, ob er im laufenden Jahre seinen neuen Posten ausfüllen kann. Auf den Vorstand schimpfer kann jeder. Im übrigen, sagte Werner, müßten die acht ehrenamtlichen Mitglieder der Ortsverwaltung große Schicksale sein, wenn sie sich von zwei Angestellten überläßt lassen. Zur Geschäftsordnung beantragte Köhn Schluß der Debatte. Der Schlußantrag wurde gegen 24 Stimmen angenommen. Zur Geschäftsordnung sprach noch Kollege Bonini. In seinem Schlußwort erklärte Dregelius, es abzulehnen zu müssen, auf die Ausführungen von Scherzhaft, der erst mit 35 Jahren den Weg zur Organisation gefunden hat, zu antworten. Die Verhandlungen, die gegen unseren Bundesvorsitzenden Leipart und einige Bundesmitglieder gerichtet wurden, sie hätten die Gewerkschaften bei Schleicher verraten, weist Dregelius als bewußte Lügen von Seiten der Opposition energisch zurück. Wir haben noch schwere Kämpfe zu überwinden, denen müssen wir uns bewußt sein. Diese siegreich durchzuführen, bedingt eine einige, festzusammengeschlossene Arbeiterschaft. Wir sind uns bewußt, es nicht allen recht gemacht zu haben. Das wird immer so sein. Hierauf wurde dem Kassierer und der Ortsverwaltung einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Zu Punkt 2 werden die in den einzelnen Branchen gewählten Mitglieder zur Ortsverwaltung beauftragt. Es sind für die Tapezierer L. Rißler und Hülken, für die Lederwarenbranche C. Kleinow, für die Treibriemenbranche H. Löter, für Handwerkerkollegen B. Köhn. Zum 2. Vorgesetzten wurde Th. Bach mit 53 Stimmen gegen 21 Stimmen, die auf A. Witten entfielen, gewählt. Zum Schriftführer wurde W. Robbermin einstimmig wiedergewählt. Als Revisoren wurden J. Alers, Frisch und Menold einstimmig wiedergewählt. Dregelius dankte den aus der Ortsverwaltung ausscheidenden Kollegen für ihre langjährige treue Mitarbeit und verband diesen Dank mit der Hoffnung, daß die Zusammenarbeit mit dem neugewählten Vorstand die gleich gute sein möge. Im Verlesenen wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Bitte in einer der nächsten Versammlungen einen Vortrag voranzuführen zu wollen mit dem Thema „Die wirtschaftliche Lage“. Als Referenten schlagen ihn den Kollegen Hirsch vor. Wilhelm Robbermin.

Stettin. Generalversammlung vom 27. Januar 1933. Kollege Lappan ließ in seinem Jahresbericht das vergangene Jahr vorbeiziehen. Es war für Stettin das

schmerzliche Jahr, welches sich denken ließ. Am deutlichsten drücken dies die Zahlen der Jahresabrechnungen aus. 1930 mit 11 000 M., 1931 mit 10 000 M. und 1932 3000 M. Auf der anderen Seite die erhöhte Inanspruchnahme der Gewerkschaft. Lohnabnahme und Notverordnungen sind die Begleiter der Arbeitslosigkeit und des ganzen Jahres 1932 gemeldet. Die Tatigkeit erlittete sich auf neun Sitzungen, neun Veranlassungen mit vier Referaten und diverser Kleinarbeit. Nur ganz fester Zusammenhalt sichert uns vor dem Verfall. Der Kassierer gab die Abrechnung vom vierten Quartal, ihm wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der Jahresbericht lag zur besseren Orientierung gedruckt vor. Bei der Wahl des Vorstandes stellte der Vorgesetzte die Kassen zu Verfügung. Die Kollegen waren aber zur Wiederannahme bereit, wenn die Veranlassung es wünschte. Pieper wünschte, da der Vorstand in seiner alten Besetzung zur Zufriedenheit gearbeitet hatte, die Kollegen ein bloß wiederzuwählen, dementsprechend wurde verfahren. Auch die Revisoren wurden wiedergewählt. Als Jugendleiter wurde Kersten vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Lappan dankte im Namen des gesamten Vorstandes für das Vertrauen. Der Sekretär der Tapezierer gab bekannt, daß am 17. Februar die Jahresversammlung stattfindet. Viebranz berichtete, daß verhandelt wurde, im „Sedina-Werk“ die Löhne, die ohnehin schon so schlecht sind, trotz des bestehenden Lohnabkommens brutal weiter zu senken mit der Begründung, daß an anderen Orten die Löhne schon tiefer liegen. Nach eingeholten Informationen ist das aufgelegte Schwindel. Redner lud alle Sportkletter zur Versammlung bei Karr ein, um hierzu Stellung zu nehmen. Der Vorgesetzte schloß mit dem Wunsch, daß das Jahr 1933 glücklicher verlaufen möge als sein Vorgänger. Freiheit! R. S.

Wiesbaden. Jahresversammlung vom 28. Januar 1933. Kollege Galsch referierte über „Der Gegenwartskampf der Gewerkschaften“. Er schilderte die Ursachen der großen Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen. Die Maßnahmen der letzten Regierungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit seien erfolglos geblieben. Durch Senkung der Gehälter und Löhne muß die Kaufkraft der Massen immer weiter zurückgehen. Das kommende Jahr erfordert die größte Bereitschaft der Kollegen. Unser Kampf geht dahin, den unerbittlichen Kapitalismus durch eine planmäßige Wirtschaftsführung abzulösen. Eine Unterbringung aller Arbeitslosen in den Produktionsprozess sowie eine Verbesserung der Lage der Arbeiter überhaupt, kann nur durch eine sozialistische Planwirtschaft erfolgen. Eine Hauptforderung der Gewerkschaften ist die Einführung der 40-Stunden-Woche, welche ja bereits eine internationale Forderung der gesamten Arbeiterschaft ist. Kollege Galsch streifte dann noch kurz den Abbau in den Versicherungen, ebenso die Einstellung der Gewerkschaften gegenüber dem freiwilligen Arbeitsdienst. Trotz Ablehnung desselben, beteiligten wir uns daran, um ihn nicht ausschließlich den bürgerlichen Organisationen zu überlassen. Zum Schluß forderte Galsch die Kollegen auf, die Arbeiterbewegung zu stärken und Mitstreiter für eine bessere Zukunft für den Sozialismus, zu werden. Kollege Dietmann dankte hierauf dem Redner für sein gutes Referat. Hierauf gab Kollege Schneider den Kassenericht. Trotz der schlechten Wirtschaftslage haben wir im letzten Jahre verhältnismäßig gut abgekommen. Zu Weihnachten konnten wir unseren arbeitslosen Kollegen eine finanzielle Unterstützung gewähren. Nachdem dem Kassierer Entlastung erteilt wurde, sah Kollege Dietmann den Jahresbericht. Es fanden elf Versammlungen und vier Vorstandssitzungen statt. Fünf Veranlassungen waren mit Vorträgen verbunden. Vor dem Arbeitsgericht hatten wir eine Klage eines Kollegen anhängig gemacht und das Urteil viel zugunsten des Kollegen aus. Kollege Dietmann schloß mit dem Wunsch, daß das neue Jahr einen Aufstieg und damit Arbeit für alle Kollegen bringen möge. Anschließend erfolgte die Wahl des Vorstandes: Vorgesitzender Dietmann, Kassierer Schneider, Schriftführer Ohlemacher, stellvertretender Vorgesitzender Heuser, stellvertretender Kassierer Klärner, stellvertretender Schriftführer Schubert. Beisitzer: Fuchs, Wahl und Adam Dohmeimer. Revisoren: Glöckner, Jähler und Brühl. Kartelldelegierte: Heuser und Ohlemacher. Zum Schluß wurden noch verschiedene Eingänge erledigt. Eugen Ohlemacher.

Wuppertal. Generalversammlung am 20. Januar. Nach Erstattung des Kassenerichtes wurde dem Kollegen Viebke einstimmig Entlastung erteilt. Den Jahresbericht erstattete Kollege Schrabner. Er schilderte eingehend die Kämpfe der Gewerkschaften gegen die Papen-Regierung und den Faschismus und die Notverordnungen, die uns die Verschlechterungen auf sozialem Gebiete gebracht haben. Die Gewerkschaften haben, trotz allen Anfeindungen von links und rechts, ihre Position behauptet. Im Rahmen unserer Verwaltungsstelle wurden im Vorjahre abgehalten: 10 Vollversammlungen (6 davon mit Vorträgen), 6 Branchenvollversammlungen, 9 Vorstand- und Funktionärsitzungen, eine Städtekonferenz. Lohnverhandlungen wurden im Laufe des Jahres je zwei für jede Branche geführt. Die Bilanzfrage, die uns im letzten Jahre viel Kopfzerren bereitete, ist neu geregelt worden. Der Mitgliederstand ging zurück von 187 am Anfang des Jahres 1932 auf 130 am Jahresende. Schuld an dieser Entwertung trägt neben der Wirtschaftskrise das Parteigängertum, das von den Kommunisten in unsere Versammlungen getragen wurde. Durch Neueinstellung der Kassierung hoffen wir die allgemeine Situation zum Stillstand zu bringen. Darüber hinaus geht es, die verlorengegangenen Mitglieder dem Verband wieder zuzuführen. Zum Schluß ging der Redner auf die Gehaltsfrage ein und stellte fest, daß die Gewerkschaften trotz aller Kampfmittel, die man besonders von den Kommunisten gegen sie verwendet hat, festgehalten sind und darüber hinaus im Wachstum seien. Die Vorstandswahl ergab folgenden Resultat: Viebke, Vorgesitzender; Viebke, Kassierer; Lutz, Schriftführer. Anschließend beschäftigte sich die Versammlung eingehend mit dem Verhalten der Kollegen Rohrich und Werlen, die dauernd im Sinn der ADGB tätig sind und dadurch der Organisation Schaden zufügen. Max Lutz.

Bücherchau

„Preislos ist nicht teuer.“ Von Marianne Fleischh. 511 S., gebundene Kasse im gewundenen Jahr. Mit 350 Rezepten. Gebunden von Dr. med. Carl Koller, 80 Seiten. In Vertriebe von Marianne Fleischh., Leipzig-Rennplatz (Postfach-Nr. 7356). Preiswert 1,25 M., gebunden 1,80 M.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 6. Februar bis 12. Februar 1933 ist der 6. Wochenbeitrag für das Jahr 1933 fällig. Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft in unserer Organisation kann zurückblicken:

Magdeburg:
Name: Müller, Hermann
Beruf: Sattler
Eingetretten: 11. 1. 08

Versammlungskalender

Lübeck. Unsere Mitgliederversammlung für den Monat Februar fällt aus.

Wuppertal. Am Freitag, dem 17. Februar, 20 Uhr, findet im roten Saal des Gewerkschaftshauses unsere Vollversammlung statt. Zu dieser Versammlung wird ein Lichtbildvortrag „Das rote Wien“ gehalten. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Zeitz. Am Sonnabend, 18. Februar, große öffentliche Sattlerversammlung. Nicht nur das Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht, sondern es wird allen Organisierten zur Pflicht gemacht, alle in der Sattler- und Tapezierbranche Beschäftigten aufzufordern, diese Versammlung zu besuchen. Kollege Gaultier Busch-Erfurt ist anwesend. Die Ortsverwaltung.

Adressenänderungen

Mehrsleben. Vorgesitzender: Erich Müller, Freiherr-vom-Stein-Straße 15.
Bielefeld. Vorgesitzender: Oskar Frieds, Bettrifr. 81.
Düsseldorf. Vorgesitzender: Johann Baum, D. Etokum, Amsterdamer Straße 66 I.
Harburg. Kassierer: Louis Dreper, Juliusstr. 9.
Krefeld. Vorgesitzender: Karl Greiner, R.-Herbinger, Traarstraße 124.
Wuppertal-Barmen. Vorgesitzender Ernst Rebel, Westfalstraße 110.
Zerbst. Kassierer: Walter Gd., Sandkühstr. 3.

Sterbetafel.

Gestorben sind:
Berlin. Am 21. Januar nach mehr als 30jähriger treuer Mitgliedschaft der Portefeuller, Kollege Karl Schaeel, 76 Jahre alt.
— Am 22. Januar der Tapezierer, Kollege Karl Karraf, im Alter von 60 Jahren.
Braunschweig. Am 7. Januar der Tapezierer, Kollege Franz Schellhorn, im Alter von 62 Jahren.
Bremen. Am 19. Januar nach längerer Krankheit der Sattler, Kollege Johann Wüßlen.
Dresden. Am 23. Januar unser Kollege, der Treibriemensattler Karl Paul, im Alter von 68 Jahren.
— Im Alter von 59 Jahren unser Kollege, der Treibriemer Eduard Karraf.
Frankfurt a. M. Am 22. Januar unser Kollege, der Portefeuller Ferdinand Bernaue, 59 Jahre alt; am 27. Januar unser Kollege, der Portefeuller Friedrich Kirisch im 63. Lebensjahr.
Görlitz. Am 24. Januar unsere Kollegin Ida Pietisch.
Kiel. Am 20. Januar der Tapezierer, Kollege Otto Lange, im Alter von 61 Jahren.
Nürnberg. Unser Kollege, der Sattler Simon, im Alter von 70 Jahren.
Offenbach a. M. Am 22. Januar unser Kollege, der Portefeuller Ferdinand Bernaue, 59 Jahre alt; am 27. Januar unser Kollege, der Portefeuller Friedrich Kirisch im 63. Lebensjahr.
Stuttgart. Am 4. Januar an einem Lungenleiden im Alter von 32 Jahren unser Kollegin Elise Ruoh, Portef.-Zuschneiderin.
Chreihrem Andenten!